

Niederschrift

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 27.10.2005	18:00 - Uhr	im Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

Anwesenheit

PDS-Fraktion

Fiedler, Monika
Gollmer, Martin
Grasnick, Jürgen
Meinl, Maria
Nachtigall, Lothar
Reibsch, Heike
Sachse, Gerold

CDU-Fraktion

Hilke, Rolf
Koch, Uwe
Lachmann, Hans-Joachim
Lehmann, Karin
Lohaus, Ursula
Petenati, Wolfgang
Pohl, Heiko
Römer, Marion
Teichmann, Jürgen

SPD-Fraktion

Hemmerling, Rita
Knopf, Werner
Luban, Jürgen
Schulze, Roland
Wagner, Elke

FDP-Fraktion

Hoffrichter, Lothar
König, Lutz
Ksink, Reinhard
Rudolph, Waltraud

Bündnis 90/Die Grünen

Czerwinske, Inge
Zänker, Jens-Olaf

Verwaltung

Arnold, Andrea
Daske, Bernd
Fellner, Anne
Hengst, Ulrich
Hoffmann, Ulrich
Poltz, Andreas
Reim, Manfred
Roch, Jürgen
Schickert, Andrea

Abwesend

PDS-Fraktion

Paschek, Helga
Wobring, Karsten

SPD-Fraktion

Alter, Elisabeth
Bluschke, Helga

TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass die Ladungen fristgemäß erfolgt sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Von den 31 Abgeordneten sind 27 und der Bürgermeister anwesend.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung

Gegen die Niederschrift der 16. Sitzung vom 15. September 2005 bestehen keine Einwände. Sie wird **einstimmig bei 3 Enthaltungen** bestätigt.

TOP 3 Anträge zur Tagesordnung

Zusätzlich zur Tagesordnung wird die Drucksache 4/292 aufgenommen. Die Beratungsdrucksachen 4/284/1 und 4/291 werden im öffentlichen Teil beraten. Die zusätzlichen Tagesordnungspunkte werden nach dem TOP 7.4. beraten.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die geänderte Tagesordnung der heutigen Sitzung wird bestätigt.

Zustimmung Ja 29

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Informationen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung liegen nicht vor.
Der Vorsitzende und die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung bekunden den Hinterbliebenen Familienangehörigen des tödlich verunglückten Piloten auf dem Flugplatz ihre herzliche Anteilnahme.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert zu folgenden Schwerpunkten:

- Fürstenwalder Messe, die FÜWA vom 07.- 09.10.2005 auch in diesem Jahr sehr erfolgreich. Am 29.11.2005 erfolgt eine Auswertung mit dem Messebeirat.
- 30-jähriges Jubiläum des Heimattiergartens, Dank an den bisherigen Geschäftsführer, Herrn Bohr, für sein großes Engagement. Viel Erfolg für den neuen Geschäftsführer, Herrn Drewitz.
- 21.10.2005 Besuch der Jury in unserer Stadt für den Wettbewerb „Familienfreundliche Stadt“
- Anteilnahme an die Familienangehörigen des tödlich verunglückten Piloten und an die Familie Lohmann, die Erbauer der „Etrich-Taube“
- 31.10.2005 10-jährige Wiedereinweihung des St.-Marien-Dom, damit verbunden die Einweihung der neuen Orgel, der größten Orgel im Land Brandenburg
- Veranstaltung am 9.11.2005 zur Reichspogromnacht um 18.00 Uhr, 18.30 Uhr Schweigemarsch durch die Stadt, 19.30 Uhr Eröffnung der Ausstellung „Erinnern ist vergessen“ in der Kulturfabrik
- 13.11.2005 Volkstrauertag

TOP 7 Drucksachen öffentliche Sitzung

TOP 7.1 Bebauungsplan Nr. 52 "August-Bebel-Straße" hier: Satzungsbeschluss 4/293

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden Stellungnahmen eingegangen sind. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung keine Anregungen von Bürgern geäußert wurden, jedoch weitere Stellungnahmen von den informierten TÖB eingegangen sind. Über den Sachverhalt aller Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 5 und 35 Abs. 2 Ziff. 10 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg in der Fassung vom 10. Oktober 2001

(GVBl. I/01 S. 154), zuletzt geändert durch Art. 6 des 2. Gesetzes zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben vom 17. Dezember 2003 (GVBl. I/03 S. 294 und 298) und Art. 7 des Gesetzes zur Anpassung verwaltungsrechtlicher Vorschriften an den elektronischen Verkehr vom 17. Dezember 2003 (GVBl. I/03 S. 298 und 303)) und gemäß § 10 Abs. 1 in Verbindung mit § 233 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2850/2852) den Bebauungsplan Nr. 52 „August-Bebel-Straße“ für das Gebiet des Flurstückes 354 der Flur 150, der Flurstücke 1 tw, 2 tw, 17 tw der Flur 158 und des Flurstücks 67 tw der Flur 151, Gemarkung Fürstenwalde bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) unter Aufnahme von örtlichen Bauvorschriften gemäß § 81 Abs. 9 Nr. 1 BbgBO vom 16.07.2003 (GVBl. I. S. 210 ff) als Satzung. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt die Satzung ortsüblich öffentlich bekannt zu machen.

Zustimmung Ja 27 Enthaltung 1

TOP 7.2 Haushaltssicherungskonzept der Stadt Fürstenwalde/ Spree für den Zeitraum 2004 - 2008 4/280/1

In der anschließenden Diskussion zum Haushalt kaum deutlich zum Ausdruck, dass die Fraktionen dem Haushaltssicherungskonzept für den Zeitraum 2004 - 2008, dem Investitionsprogramm für die Jahre 2004 – 2008 und der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 ihre Zustimmungen geben.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Zustimmung Ja 23 Enthaltung 5

TOP 7.3 Verabschiedung des Investitionsprogramms für die Jahre 2004 - 2008 4/279/1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2004 – 2008.

Zustimmung Ja 28

TOP 7.4 Verabschiedung der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für das Haushaltsjahr 2005 4/271/1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2005 in der vorliegenden Form.

Zustimmung Ja 25 Enthaltung 3

TOP 7.5 Ausführungsbeschluss zum Bauvorhaben P+R-Anlage Ernst-Thälmann-Straße 4/292

Beschluss:

Der Ausführung des Bauvorhabens P+R-Anlage Ernst-Thälmann-Straße wird, entsprechend der vorliegenden Ausführungsplanung, zugestimmt.

Zustimmung Ja 28

TOP 7.6 Einrichtung eines Friedwaldes im Stadtwald Fürstenwalde 4/284/1

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausweisung eines Friedwaldes im Stadtwald Fürstenwalde, in der Gemarkung Fürstenwalde, Flur 34, die Flurstücke 2,4,6 und 7.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Stadtforst Fürstenwalde- Kommunaler Eigenbetrieb mit der Beantragung der Genehmigung der Flächen als Gemeindefriedhof nach § 27 Brd. Bestattungsgesetz beim Landkreis Oder-Spree.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Nutzungsordnung für den „Friedwald Fürstenwalde“.
4. Die Stadtverordnetenversammlung überträgt die Betreuung des Friedwaldes dem Stadtforst Fürstenwalde- Kommunaler Eigenbetrieb und beauftragt diesen mit dem Vertragsabschluss mit der Friedwald GmbH zur Betreibung des Friedwaldes.

Zustimmung Ja 22 Nein 6

TOP 7.7 Einführung eines Cashmanagements zum 1.1.2006

Abgeordnete Wagner bemerkt in ihren Ausführungen, dass von der SPD-Fraktion keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung eines Cashmanagements mehr vorliegen. Die SPD-Fraktion hatte anfänglich wegen der angespannten Haushaltslage der Stadt ihre Bedenken gegenüber einer Kreditaufnahme in Schweizer Franken geäußert. Die SPD-Fraktion holte dazu die Einschätzung der Bundesaufsicht für Finanzen und der Kommunalaufsicht ein. Es geht eindeutig daraus hervor, dass in keiner Weise gesetzliche Grenzen überschritten werden und die Einführung eines Cashmanagement von den Kommunen immer mehr angewandt wird. Die Chancen zur Einsparung gegenüber Währungs- und Zinskrediten müssen sorgfältig abgewogen werden. Das erfordert eine tägliche und professionelle Kursüberwachung. Abgeordnete Wagner fragt nach, wer für diese Aufgabe verantwortlich sein wird und wie werden die Entscheidungsstrukturen im Fall von Krankheit bzw. Urlaub organisiert. Die Neuruppiner Stadtentwicklungsgesellschaft mbH bietet nur eine Vorbereitung, Vorschläge, Erläuterungen und Schulungen an, aber nicht eine Begleitung über einen längeren Zeitraum. Die SPD-Fraktion sieht den Beschlussvorschlag als Grundsatzentscheidung. Abgeordnete Wagner spricht auch an, über welche Zwischeninformationen die Abgeordneten während der Entwicklung des Projektes in den Verlauf eingebunden werden. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass ein modernes Schuldenmanagement zu einer wirklichen Reduzierung der Finanzkosten der Stadt beitragen kann und stimmt der Drucksache zu.

Abgeordneter Sachse sieht es als nicht verwerflich an, wenn die Stadt mit einem Modell die Gewinn-

ne der Banken beschränkt und sich dadurch als Kommune mehr Spielräume sichert. Er sieht dabei keine Probleme der Drucksache zuzustimmen, wenn gewährleistet ist, dass die neuen Finanzierungsinstrumente es zulassen, dass bei ungünstiger Finanzierung, dann zu den normalen Maßnahmen zurückgekehrt werden kann. Abgeordneter Sachse denkt, dass das mit der Drucksache gegeben ist.

Abgeordnete Czerwinske

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt der Drucksache grundsätzlich zu. Zwei Probleme konnten in der Fraktion nicht ausgeräumt werden. Zum einen die Klärung, ob die Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH Neuruppin weiter geht, als nur der beratende Teil. Zum zweiten betrifft das den Punkt 3 des Beschlussvorschlages, dem die Fraktion nicht zustimmen wird. Die Fraktion hält hier die Grenzen des Cashmanagements überschritten, es tangiert schon zum Zinsmanagement. Zum anderen hält die Fraktion die Angelegenheit für zu risikoreich.

Zum Beschlusspunkt 5. schlägt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Ergänzung vor:

„Hierbei ist auf die Ausgleicheffekte des Cashmanagements detailliert einzugehen.“

Abgeordneter Koch spricht für die CDU-Fraktion und begrüßt den Mut und die Kreativität der Verwaltung. Die CDU-Fraktion wird der Drucksache zustimmen.

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, bemerkt zu den Ausführungen der Abgeordneten, dass nicht über das Schuldenmanagement, sondern erst einmal über das Cashmanagement geredet wird. Der Unterschied besteht darin, dass für die Investitionen Darlehen aufgenommen wurden, aber inhaltlich noch nicht erfasst werden. Erfasst werden lediglich die Darlehen, die kurzfristig notwendig sind, um so die Liquidität der Stadt Fürstenwalde zu sichern.

Verantwortlich für das Cashmanagement ist der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, bei Urlaub und Krankheit der Bürgermeister. Angesiedelt ist das Cashmanagement im Beteiligungsmanagement.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Beschlusspunkt 5. wie folgt zu ergänzen: **„Hierbei ist auf die Ausgleicheffekte des Cashmanagements detailliert einzugehen.“**

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 5**
Gegenstimmen: 17
Enthaltungen: 6

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einführung eines Cashmanagements für die Stadt Fürstenwalde mit Wirkung zum 1.1.2006. An dem Cashmanagement können die Gesellschaften

Wohnungswirtschaft GmbH
 Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße GmbH
 Fürstengalerie GmbH & Co.KG
 Bürgerhaus Fürstenwalder Hof GmbH
 Medizinische Einrichtungsgesellschaft mbH
 Gesundheitszentrum-Verwaltungs GmbH

beteiligt werden.

Abstimmung: Ja 27 Enthaltung 1

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Höchstsätze im Rahmen der Liquiditätssicherung den Gesellschaften bereitzustellen:

Wohnungswirtschaft GmbH	500.000 Euro
Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße GmbH	100.000 Euro
Fürstengalerie GmbH & Co.KG	300.000 Euro
Bürgerhaus Fürstenwalder Hof GmbH	50.000 Euro
Medizinische Einrichtungsgesellschaft mbH	100.000 Euro
Gesundheitszentrum-Verwaltungs GmbH	100.000 Euro

Abstimmung: Ja 27 Enthaltung 1

3. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt die Verwaltung den Kassenkredit in Schweizer Franken abzusichern.

Abstimmung: Ja 24 Gegenstimmen 2 Enthaltungen 2

4. Die Stadtverordnetenversammlung verpflichtet die Verwaltung eine neue Beschlusslage herbeizuführen, wenn der Euriborzinssatz plus Marge über den analogen Konditionen eines 5jährigen Kommunalkredites liegen oder wenn eine Wechselkurssteigerung zwischen Euro und Schweizer Franken die Zinseinsparung aufhebt.

Abstimmung: Ja 25 Enthaltungen 3

5. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig, mindestens vierteljährlich, über die Entwicklung dem Hauptausschuss zu berichten.

Abstimmung: Ja 25 Enthaltungen 3

Zustimmung

TOP 8 Anfragen der Abgeordneten

Abgeordneter Sachse geht noch einmal auf den Artikel in der „Märkischen Oderzeitung“ betreffs der Informationsbroschüre der Stadt ein. In der Broschüre ist das Landtagsbüro des Abgeordneten

Steffan Sarrach nicht mit aufgeführt. Abgeordneter Sachse fragt nach, ob das absichtlich nicht mit aufgenommen wurde.

Der Bürgermeister versichert, dass das keine boshafte Absicht gewesen ist und bei der Neuauflage der Informationsbroschüre findet die Eintragung des Büros des Landtagsabgeordneten Sarrach Berücksichtigung.

Abgeordneter Petenati gibt zu bedenken, zukünftig bei Veranstaltungen die Anfangszeiten so zu legen, dass auch berufstätige Abgeordnete daran teilnehmen können.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Informationen der Verwaltung zur heutigen Sitzung liegen nicht vor.

TOP 10 Beendigung der öffentlichen Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird beendet. Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung umfasst 7 Seiten.

Jürgen Teichmann
Vorsitzender

Schriftführer
